

# HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND  
1 / 2007

## **Politischer Bericht aus den USA und Kanada**

1. Februar 2007

Ulf Gartzke  
Leiter der Verbindungsstelle Washington



**Herausgeber:**

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/  
Internationale Konferenzen  
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.  
Lazarettstr. 33  
80636 München  
Tel.: 089 1258-202 oder -204  
Fax: 089 1258-368  
E-Mail: [mailing@hss.de](mailto:mailing@hss.de)

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder;  
die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung,  
vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein  
anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter  
Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

## Politischer Bericht aus den USA und Kanada

### ➤ Differenzierter Widerstand auf Capitol Hill gegen Bushs Truppen-Erhöpfung im Irak

Eine von US-Präsident Bush als Reaktion auf die dramatisch verschlechterte Sicherheitslage im Irak angeordnete temporäre Erhöhung der US-Truppen in Bagdad um 21.500 Soldaten („troop surge“) stößt bei Demokraten und Republikanern im Kongress auf erheblichen Widerstand. Einflussreiche Demokraten im Senat (darunter Joe Biden, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und potenzieller Präsidentschaftskandidat für 2008) wollen mit Hilfe ihrer neu gewonnenen Mehrheit eine Resolution verabschieden, der zufolge die von Bush initiierte Truppenerhöhung „nicht im nationalen Interesse“ der USA stehe. Als einziger Republikaner unterstützt der Deutschlandkenner Senator Chuck Hagel aus Nebraska diesen scharf formulierten Resolutionsentwurf, welcher jedoch keine rechtliche Bindung hat und auch nicht – wie bereits von einigen Parteilinken (Senator Russ Feingold aus Wisconsin) sowie vielen Demokraten an der Basis und Anti-Kriegsdemonstranten gefordert – dem Pentagon sofort bzw. in naher Zukunft konsequent den Geldhahn zudreht. Das Demokratische Partei-Establishment fürchtet bislang, dass ein solch drastischer Schritt („*using the power of the purse*“) von Bush bzw. den Republikanern sofort genutzt werden würde, die neue Mehrheitspartei im US-Kongress als unpatriotische, außen- und sicherheitspolitische Geisterfahrer zu portraituren – mit entsprechend negativen Auswirkungen für die Präsidentschaftswahlen im November 2008. Mehrere republikanische Senatoren, darunter der renommierte Verteidigungsexperte John Warner und der aktuell in der Partei führende Präsidentschaftskandidaten-Bewerber John McCain, haben mit jeweils eigenen, unterschiedlich nuancierten Resolutionsentwürfen auf Bushs Truppen-Erhöpfung reagiert. Sie verweisen dabei mehr oder weniger deutlich auf die Notwendigkeit klarer „Benchmarks“ zur zukünftigen Beurteilung der US-Truppenpräsenz im Irak; als solche gelten das militärische Engagement und der Einsatzwille der irakischen Sicherheitskräfte (Armee, Polizei) und der irakischen Regierung zur Herstellung der inneren Sicherheit.

Inbesondere verwundbare (weil 2008 zur Wiederwahl stehende) moderate Republikaner aus dem Nordosten und Mittleren Westen wollen durch eine sorgsam formulierte Senats-Resolution ihre Enttäuschung und Unzufriedenheit mit der bisherigen Irak-Politik von „Lame Duck President“ George Bush zum Ausdruck bringen. Denn bei den Kongresswahlen nächstes Jahr kann eine klare Abgrenzung gegenüber dem unpopulären Irak-Krieg des scheidenden Präsidenten wertvolle politische Punkte einbringen. Anfang Februar zirkulierten insgesamt bereits acht unterschiedliche (von Demokraten oder Republikanern eingebrachte) Irak-Resolutionen im Senat, so dass bei der für die erste Februarwoche geplanten Abstimmung unter Umständen nicht nur eine, sondern sogar zwei bis drei verschiedene Resolutionen die erforderliche absolute Mehrheit bekommen. Politisch richtig heiß wird es für die Demokraten aber erst im Frühjahr bzw. Sommer 2007; dann nämlich muss über das „reguläre“ Pentagon-Budget sowie einen 100 Milliarden Dollar umfassenden Nachtragshaushalt („budget supplemental“) entschieden werden, mit dem das gesamte Irak-Engagement bezahlt werden soll. Spätestens zu dem Zeitpunkt werden die Demokraten also wirklich Farbe bekennen und entweder für oder gegen die weitere Finanzierung der Militäraktion im Irak stimmen müssen.

### ➤ Neuer Demokratischer Kongress implementiert „100-Stunden Agenda“ / Bush-Vetos möglich

Wie bereits kurz nach dem Wahlsieg der Demokraten bei den „mid-term elections“ im November 2006 angekündigt, hat die neue demokratische „Madame Speaker“ Nancy Pelosi die ersten 100 Sitzungsstunden („legislative hours“) des seit Jahresanfang neu konstituierten US-Repräsentantenhauses dazu genutzt, zentrale Elemente der politischen Agenda ihrer Partei durch Gesetzesinitiativen zu verabschieden. Hierzu zählen u.a.:

1. Die schrittweise Anhebung des USA-weiten Mindeststundenlohns von derzeit US\$ 5,15 (seit 1997 unverändert) auf US\$ 7,25 innerhalb von drei Jahren. Um eine potenzielle Filibuster-Blockade der Gesetzesinitiative im Senat zu vermeiden, wollen Demokraten und Republikaner dort gemeinsam versuchen, die mit der Erhöhung des Mindestlohns verbundenen zusätzlichen Betriebskosten durch ein Steuersenkungsprogramm für kleine und mittlere Unternehmen zumindest teilweise abzufedern. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Präsident Bush, der bislang eine Erhöhung des Mindestlohns aufgrund der damit zu erwartenden steigenden Arbeitslosenzahlen ablehnte, einer solchen Kompromisslösung zustimmen und das Gesetzesvorhaben passieren lassen wird.

2. Im Bereich der embryonalen Stammzellenforschung haben Demokraten und moderate Republikaner – ähnlich wie bereits 2006 – erneut einen Gesetzesentwurf zur unbeschränkten staatlichen Förderung der embryonalen Stammzellenforschung verabschiedet. Die seit August 2001 geltende Regelung der Bush-Administration erlaubt hingegen staatliche Fördermittel nur für Forschungen an den 78 embryonalen Stammzellenlinien, die bereits vor dem 9. August 2001 existierten. Präsident Bush lehnt eine darüber hinausgehende Ausweitung der staatlichen Förderung aus ethisch-moralischen Bedenken klar ab und hat bereits angekündigt, das Gesetz wie schon 2006 mit einem Veto, dem zweiten seiner Amtszeit, zu Fall bringen zu wollen.

3. Zur Verringerung der rapide ansteigenden Kosten im Gesundheitsbereich, insbesondere bei der medizinischen Versorgung bedürftiger Rentner durch den Staat (Medicare), fordern die Demokraten, dass das US-Gesundheitsministerium direkte Verhandlungen mit der Pharmaindustrie aufnimmt, um deutliche Preisnachlässe bei der Beschaffung von Medikamenten auszuhandeln. Bislang werden die Arzneimittelpreise direkt zwischen privaten Krankenversicherungen und Pharmafirmen – d.h. ohne direkte staatliche Beteiligung – ausgehandelt, obgleich die vereinbarten Preise auch für Medicare-Patienten gelten. Die von den Demokraten geplante Neugestaltung der Preisermittlung für Medikamente wird sowohl von den Republikanern im Senat als auch von der Bush-Administration in dieser Form abgelehnt. Vor allem im Weißen Haus wird auf die selbstregulierenden Kräfte des freien Marktes bei der Bestimmung von Arzneimittelpreisen gesetzt. Ein Veto des Präsidenten scheint daher auch hier wahrscheinlich.

4. Im Bereich der Bildung haben die Demokraten im Repräsentantenhaus einen Gesetzesentwurf verabschiedet, um die jährlichen Zinssätze bei staatlich subventionierten Studiendarlehen („Stafford loans“) bis 2011 von derzeit 6,8 Prozent auf 3,4 Prozentpunkte zu reduzieren. Eine ähnliche Gesetzesinitiative wurde von den Demokraten auch im Senat eingebracht. Die Bush-Administration lehnt diese Maßnahme ebenfalls ab unter Verweis auf den Umstand, dass eine Verringerung der Zinslast nur eine marginale Rolle bei der Entscheidung für oder gegen ein Hochschulstudium spiele. Da diese populäre Initiative jedoch auch von zahlreichen Republikanern unterstützt wird, könnte das Repräsentantenhaus ein potenzielles Veto von Präsident Bush mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit überstimmen.

5. In der Energiepolitik wollen die Demokraten rund US\$ 14 Milliarden an staatlichen Subventionen und Steuervergünstigungen für die amerikanische Ölindustrie kürzen, um diese Mittel einem staatlichen Fonds zur Förderung alternativer Energiequellen zuzuführen. Zwar zeigt sich die Bush-Administration von diesem Vorhaben nicht begeistert. Dennoch nimmt Präsident Bush das Thema Energie- und Umweltschutzpolitik zunehmend ernster und setzte im Rahmen seiner Rede zur Lage der Nation (State of the Union Address) am 23. Januar eigene Akzente.

➤ **Umwelt- und Klimaschutzpolitik ist Top-Thema für Kanadas Konservative Partei**

Kanadas „Conservative Party“ plant unter Führung von Premierminister Stephen Harper mit einem neuen Maßnahmenpaket auf die ökologischen Herausforderungen zu reagieren, mit denen sich das Land infolge des weltweiten Klimawandels konfrontiert sieht. Unter dem Namen „ecoEnergy“ wurde Mitte Januar ein entsprechendes Regierungsprogramm der Öffentlichkeit vorgestellt, in dessen Rahmen innerhalb der nächsten zehn Jahre mehr als CDN\$ 1.5 Milliarden in erneuerbare Energien investiert werden sollen. Dabei werden auch Neuauflagen von Umweltschutzprogrammen präsentiert, die noch kurz nach Amtsantritt von Harpers Minderheitsregierung gestoppt worden waren. Ein erstes Teilprojekt soll Vorhaben fördern, die Windkraft, Biomasse und Wasserkraft als Energiequellen nutzen. Eine zweite Komponente investiert CDN\$ 35 Millionen in alternative Heiztechniken, die auf erneuerbare Energien zurückgehen. Insgesamt sollen im Rahmen von „ecoEnergy“ bis zu 4.000 Megawatt aus regenerativen Energiequellen erzeugt werden. Von zentraler Bedeutung ist darüber hinaus der Start einer Initiative, die Kanadas Eigenheimbesitzer zum energiesparenden Bauen ermutigen soll. Mit der Kernaussage, dass die größten Energiereservoirs immer noch in der unnütz vergeudeten Energie liegen, wird hier eine energiesparende Bauweise propagiert. Dabei wurde in den kanadischen Medien Kritik laut, dass diese Bauweise aufgrund einer nicht geringen Eigenbeteiligung wohl nur den finanzstärkeren Privathaushalten offen stehe. Konkret geht es hier vor allem um eine bessere Wärmeisolierung der Häuser sowie die Installation von Thermostaten an Klimaanlage und Heizkörpern, damit diese während der Abwesenheit der Bewohner mit reduzierter Leistung arbeiten können.

Auffällig ist dabei, dass man in Ottawa die Bedeutung alternativer Energiequellen betont – und dies als derzeit größter Öl-Lieferant der Vereinigten Staaten. Der maßgebliche Unterschied zwischen der alten und neuen kanadischen Regierung liegt jedoch, trotz aller Ähnlichkeit der Programme, in der Betrachtungsweise des globalen Klimawandels. Während die vormalige linksorientierte Regierung von Paul Martin das Kyoto-Protokoll befürwortet hatte, wird dieses von Premierminister Harper als unrealistisch abgelehnt. In diesem Zusammenhang befürwortet die kanadische Regierung den Ausbau der Kernenergie, nachdem diese bislang als eine mögliche Antwort auf den Klimawandel in der kanadischen Politik und Öffentlichkeit stets auf Ablehnung stieß. Ein weiterer Unterschied ist zudem die Absage an jede Form von Co2-Emissionshandel, wie dieser in Europa betrieben wird.